BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bundestagsfraktion

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr. 0533/2006
25.04.2006

Ausbildung - Handeln statt Reden

*Zur Vorlage des Berufsbildungsberichts erklärt **Priska Hinz,** bildungs- und forschungspolitische Sprecherin:*

Ministerin Schavan muss bei der Ausbildung endlich in die Pötte kommen. Zum wiederholten Male werden nun die desolaten Zahlen auf dem Ausbildungsmarkt besprochen. Dabei beschönigt die Bundesregierung durch gezieltes Auswählen der Vergleichsjahre auch noch die Entwicklung. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge ist 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 14 000 gesunken. Wer hier nur einen Vergleich gegenüber dem Ausreißerjahr 2003 anstellt, täuscht bewusst die Öffentlichkeit (Betriebliche Ausbildungsplätze 2003: 497 000, 2004: 519 000, 2005: 505 000, Quelle: Berufsbildungsbericht 2006).

Es ist richtig, wenn Frau Schavan die berufliche und akademische Ausbildung besser verzahnen und durchlässiger machen will. Nur nimmt sie damit nicht die wirklich drängenden Probleme in den Blick. Was tut die Bundesbildungsministerin für Jugendliche aus Hauptschulen, deren Perspektivlosigkeit uns in den letzten Wochen wieder einmal deutlich wurde? Was genau will sie für diejenigen tun, die jährlich ohne Abschluss die Schulen verlassen? Was sind ihre Ideen für Jugendliche aus Migrantenfamilien? Hier sind keine konkreten neuen Vorhaben in Sicht. Schlimmer noch, die Mittel für die Berufliche Bildung sollen sogar um 9 Prozent gekürzt werden. Programme oder Ideen für die vielbeschworene "Zweite Chance" sucht man vergebens.

Richtig ist, dass wir bei den Ausbildungsplätzen ein Strukturproblem haben. Die angekündigte "strukturelle Initiative" ist demnach folgerichtig. Nur hilft sie leider den Jugendlichen, die dieses Jahr auf einen Ausbildungsplatz warten, nicht weiter. Denn nach Auskunft der Ministerin liegen die Ergebnisse ja frühestens im Herbst 2007 vor.

Manche Fragen wurden im Übrigen auch schon im Ausbildungspakt angegangen. Diese wenigen Chancen, die der Pakt gibt, müssen zumindest genutzt werden. Wo also sind die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Frage, wie Schulen und Wirtschaft besser zusammenarbeiten? Was sagen die Ergebnisse der Begleitforschung zu den Einstiegsqualifizierungsjahren? Wenigstens diese Ergebnisse müssen sofort und nicht erst 2007 analysiert und umgesetzt werden.

Dies reicht aber nicht. Neue Initiativen sind nötig. Wir fordern fordern, dass unterschiedliche Lernorte die Möglichkeit erhalten sollen, dual auszubilden, so zum Beispiel berufliche Schulen oder Produktionsschulen.

Dafür müssen die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden. Wichtig ist auch, die duale Berufsausbildung im Dienstleistungssektor und in neuen, innovativen Branchen zu fördern, wo es bislang keine Ausbildungstradition gibt.

Auch die Wirtschaft ist gefordert. Unternehmen können sich nicht länger mit dem Hinweis auf die schlechte konjunkturelle Entwicklung herausreden. Denn nach dem heute vorgestellten ifo-Geschäftsklimaindex ist die Stimmung in der deutschen Wirtschaft so gut wie zuletzt vor 15 Jahren nach dem Wiedervereinigungsboom.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Bundestagsfraktion

Pressedienst